Pressemitteilung



07.07.2022

Wir sehen jetzt gerade was in den Niederlanden passiert.

Für viele ist das weit weg und manch einer mag auch sagen, dass geht uns NICHTS an.

Ist das so? Ist es weit weg? Die vermeintlichen Vorgaben, die dort jetzt umgesetzt werden, kommen aus demselben Brüssel, welches auch uns die Vorgaben macht und geht uns das wirklich NICHTS an? In den Niederlanden geht es aktuell darum, die Ammoniak-Emissionen zu reduzieren, um zu verhindern, dass dieses Ammoniak aus der Luft wieder in Form von Stickstoff in den Boden eingetragen wird. Die Maßnahmen, die hierzu auf den Weg gebracht werden, würden dazu führen, dass in letzter Konsequenz ca. 30 % der niederländischen Landwirte für immer ihre Betriebe aufgeben müssen. Viele weitere müssten sich erheblich einschränken. Ein Blick in die Details zeigt, dass mit den Häfen, Flughäfen und Ballungsräumen sehr große Ammoniak-Emittenten völlig unangetastet bleiben. Hier wird mit fadenscheinigen Argumenten versucht, dass die Bevölkerung gut findet, dass die Erzeugung von Lebensmitteln im eigenen Land stark eingeschränkt oder sogar eingestellt wird.

Das kommt uns doch sehr bekannt vor. In den Niederlanden, wie auch bei uns in Deutschland kämpfen Landwirtinnen und Landwirte dafür, auch weiterhin, die heimische Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgen zu dürfen.

Uns wird es genauso treffen. Was in den Niederlanden jetzt gerade beschlossen wird, steht uns genauso bevor!

Das Ganze ist nicht so offensichtlich, dreist und öffentlich angekündigt, wie in den Niederlanden, sondern ein bisschen eleganter, charmanter und eher im Verborgenen vorbereitet und zum Beschluss bereit. Die Werkzeugkiste ist weit geöffnet und die Werkzeuge liegen bereit. Die ersten Schrauben sind schon angezogen. Die Nächsten werden folgen. "Nach fest kommt ab!" Co2-Reduktion, TA-Luft, Biodiversitätsplan, Nationale Wasserstrategie und Vieles stehen uns bevor. Aktuell treibt die Düngeverordnung wieder einmal die wildesten Früchte.

Hier wird gerade wieder eine neue, entscheidende Änderung auf den Weg gebracht.

In der letzten AVV ist nachzulesen, wirksam angekündigt, dass die Denitrifikation im Boden, also der Nitratabbau berücksichtig werden soll. Das hört sich im ersten Moment gut an. Die Definition dafür soll jetzt über die Grundwasserverordnung geschaffen werden. Dort würde dann geschrieben stehen, dass der Nitratabbau quantifiziert werden soll, also in Form einer errechneten Zahl dargestellt werden soll.

Es wird gemessen, wieviel Nitrat abgebaut wurde und daraus wird ein Wert dargestellt, der sich aus folgender Rechendefinition ergibt:

Vorhandene Menge Nitrat im Grundwasser + Messwert abgebautes Nitrat = Ausgewiesene Menge Nitrat.

Zum Beispiel: Aktuell sind 30 mg Nitrat im Grundwasser, bei einem Grenzwert von 50 mg also unproblematisch. Es wurde errechnet, dass für den Standort 30 mg Nitrat abgebaut wurden.

Pressemitteilung



Diese 30 mg Denitrifikation werden nun wiederum zu den noch vorhandenen 30mg addiert. Nun hat der Brunnen auf einmal 60mg Nitrat und wird als **ROTER BRUNNEN** ausgewiesen.

Wir schaffen uns damit wieder einmal mehr eine deutlich schlechtere Darstellung, als diese in Wirklichkeit ist. Die Werte ändern sich ja lediglich auf dem Papier, tatsächlich ändert sich: **Nichts.** Damit verschlechtern wir unsere Position in Brüssel noch weiter, als es momentan sowieso schon der Fall ist. Die Nitratwerte werden auch jetzt schon sehr viel schlechter angegeben als sie eigentlich sind.

Nun kommt wieder Brüssel ins Spiel. Wir sind verklagt und verurteilt worden, aufgrund der bisher gemeldeten Werte, nicht wegen der Tatsächlichen! Das hat die Kommission und auch der EuGH mehrfach so betont. Wiederholt wurde auch aus Brüssel darauf hingewiesen, dass das ausgewiesene Messnetz, welches wir verwenden, viel zu dünn ist. Dieses wurde auch im EuGH-Urteil nochmal ganz klar bestätigt. Unser Messnetz ist VIEL ZU DÜNN UND NICHT AUSREICHEND!

Trotzdem wird es verwendet, das nächste Mal in 2 Jahren, in 2024, im nächsten Nitratbericht! Aktuell gibt es knapp 700 Messstellen, davon sind 128 bisher als rot gemeldet. Wir schaffen uns jetzt durch die neue Grundwasserverordnungsdefinition sehr viel mehr ROTE MESSSTELLEN, auch im Nitratmessnetz.

Er wird wieder der gleiche bürokratische Fehler gemacht!

Der Anteil der Roten Messstellen wird nicht mehr 128 betragen, sondern vielleicht 300 oder deutlich mehr. Das Signal, welches wir damit an Brüssel senden ist, dass sich die Werte weiter verschlechtert haben. Obwohl wir schon Maßnahmen ergriffen haben, um die vermeintlichen Einträge zu reduzieren, wie z.B. die Stickstoff-Düngung um 20% und diesen ganzen anderen Wahnsinn. Das sind ja wohlgemerkt nur Papierwerte, diese Werte existieren so in der Realität gar nicht. Aus der Sicht von Brüssel sind die bisher eingeleiteten Maßnahmen also nicht wirksam genug. Das dürfte Brüssel dazu veranlassen, das Vertragsverletzungsverfahren augenblicklich wieder aufzunehmen oder festzustellen, dass minus 20% nicht ausreichen. Dann müssen wir die Stickstoff-Düngung in Deutschland nochmal drastisch um 30, 40, 50 oder sogar 60 % reduzieren. Und plötzlich haben wir das gleiche Szenario wie in den Niederlanden. Es drohen Stickstoff-Reduktion bis hin zum totalen Bewirtschaftungsverbot! Damit gehen massenhaft Betriebsaufgaben einher. Es kommt zur Reduktion der Lebensmittelerzeugung im eigenen Land und Verschärfung der Abhängigkeit von Importen. Und dass, obwohl uns die aktuelle Situation zeigt, wie anfällig die globalen Lieferketten sind. Die Weichen werden auf Hunger gestellt und die Bevölkerung soll es gut finden!

Es geht uns also sehr wohl was an, was gerade in den Niederlanden passiert.

Wir sind eben nur nicht ganz so früh und nicht ganz so offensichtlich damit konfrontiert.

Angesichts dieser Aussichten müssten eigentlich abertausende Schlepper hupend in Berlin und Brüssel stehen.

Das hier ist erst der Anfang!